

Historischer November in Palästina

Zwei-Staaten-Lösung versus dauerhafte Besetzung durch Israel

Salah Abdel Shafi

Der November 2012 wird sicherlich als ein historischer Monat in die palästinensische Geschichte eingehen. Im November begann die israelische Armee mit der gezielten Tötung eines hohen Funktionärs der Hamas einen Luftkrieg gegen den Gazastreifen. Nach acht Tagen wurde Israel durch internationalen Druck gezwungen, einen Waffenstillstand mit der Hamas zu akzeptieren. Einmal mehr zeigte sich, dass der Nahostkonflikt nicht mit militärischer Gewalt zu lösen ist. Dies kann nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung erreicht werden, der substanzielle und ehrliche Verhandlungen vorausgehen.

Die Zwei-Staaten-Lösung ist eine alte Idee. Es begann im Jahre 1947 mit der UN-Resolution 181. Im gleichen Jahr beschloss die UNO die Teilung des historischen Palästinas, um auf dessen Territorium den jüdischen und den arabischen Staat zu gründen. Die Initiative ging damals von Europa aus und basierte auf den Lehren des Zweiten Weltkrieges. Allein dies zeigt, dass der Grundgedanke der Zwei-Staaten-Lösung primär im israelischen Interesse ist. Wir wissen, was nach 1947 folgte. Israel besetzte weitere Landesteile, bis es seit 1967 das ganze historische Palästina kontrollierte und seitdem das palästinensische Volk mit einer völkerrechtswidrigen Besetzung unterdrückt und gefangen hält. Die Besetzung des Gazastreifens, der Westbank und Ostjerusalems hat die internationale Gemeinschaft nie anerkannt. Sie forderte in verschiedenen UN-Resolutionen die Gründung des Staates Palästina auf 22 Prozent des Territoriums des historischen Palästinas.

Um den Frieden zu erreichen, sind wir Kompromisse eingegangen, wie z. B. die Aufnahme der ungleichen Verhandlungen in Madrid Anfang der 1990er Jahre. Leider haben die folgenden 20 Verhandlungsjahre wenig gebracht. Mit dem völkerrechtswidrigen Siedlungsbau in der Westbank und in Ostjerusalem schoben die israelischen Regierungen diesen Frieden in weite Ferne. Erst jüngst, nach der Aufnahme des Staates Palästina als Nichtmitgliedstaat in die Vereinten Nationen, kündigte Benjamin Netanjahu die Umsetzung ihres

Projektes E-1 an, mit dem die Westbank nicht nur vollständig von Ostjerusalem abgeschnitten, sondern auch deren südlicher von dem nördlichen Teil getrennt wird.

Angesichts der israelischen Weigerung, substanzielle Verhandlungen aufzunehmen und den Bau der Siedlungen zu beenden, stellte Präsident Mahmoud Abbas am 29. November 2012 den Antrag auf Aufnahme des Staates Palästina als Nichtmitgliedstaat in die Vereinten Nationen. Damit hat der 29. November für Palästina an Bedeutung gewonnen. Es ist der Tag, an dem die Vereinten Nationen Palästina teilten und damit auch der Tag, an dem der Konflikt begann; es ist der Internationale Solidaritätstag mit dem palästinensischen Volk und es ist jetzt der Tag, an dem Palästinas Staatlichkeit international anerkannt wurde. Der Aufnahme Palästinas stimmten 138 Staaten zu.

Es ist eine überwältigende Mehrheit, die den Startschuss für die letzte Friedensstrecke gab. Einige Staaten bezweifeln, dass das Ende der Zwei-Staaten-Lösung naht, und denken, dass diese auch bei weiteren Verhandlungen eine gute Option ist. Allerdings täuschen sich diese Staaten. Bis heute kontrolliert Israel über 60 Prozent der Westbank, eine zerrissene Fläche, in der die palästinensische Bevölkerung in kleinen Enklaven lebt. Wenn Israel seine Politik fortsetzt, dann existiert in naher Zukunft der Verhandlungsgegenstand „Land“ einfach nicht mehr. Davon abgesehen kann niemand, der einen Gerechtigkeitsinn besitzt, eine völkerrechtswidrige Besatzung sowie die Unterdrückung eines ganzen Volkes als rechtmäßig ansehen.

Wir wollen Bewegung in die unheilvolle Stagnation bringen und eine bestehende Asymmetrie auflösen. Der UN-Antrag war hierfür das geeignete Instrument, denn die Anerkennung als Staat bedeutet auch die klare Festsetzung der Grenzen. Israel besetzt nicht die palästinensischen Gebiete, welche die israelische Regierung als „umstritten“ ansieht, sondern Israel besetzt einen völkerrechtlich anerkannten Staat. Es ist Eile geboten, wenn ein umfassender und gerechter Frieden im Heiligen Land erreicht werden soll.



Botschafter Salah Abdel Shafi, geb. 1962, Leiter der Mission Palästinas in Deutschland.



* Salah Abdel Shafi: Das Völkerrecht ausschöpfen, Palästinas Antrag auf UNO-Mitgliedschaft (Interview), *WeltTrends* 80.